

Jörg Reitzig

Innovativ wider den Mainstream*

Gesellschaftliche Umbrüche und ihre Bedeutung für gewerkschaftliche Innovationen

Der Begriff Innovation hat in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte den Charakter einer Art Zauberwort. Für den Leiter des Fraunhofer Instituts für Innovationsforschung und Systemtechnik beschreibt er "eine wichtige wirtschaftliche Veränderung, die Einführung einer Neuerung am Markt." (Grupp 2004: 28) Aus der Perspektive der ehemaligen Alternativpartei Bündnis 90/Die Grünen hingegen scheidet er "die erfolgreichen von den nicht erfolgreichen Gesellschaften" (Kuhn 2000: 12) und erneuerungswillige von strukturkonservativen Menschen. Innovative Menschen, so erfahren wir, zeichnen sich durch "eine permanente Unzufriedenheit mit dem Bestehenden" (ebd.) aus – und sie sind eine Minderheit. Denn angeblich, so wird eine Untersuchung zitiert, verfügen nur ca. 16 % der Menschen über diesen Wesenszug. Folglich herrsche in einer Gesellschaft ein Klima der Innovation, "wenn die Erneuerer nicht blockiert werden und wenn sie nicht im bürokratischen Aufwand der Konservativen untergehen." (ebd.) So teilt sich die Gesellschaft – quasi von Natur aus – in förderungswürdige Leistungseliten und bürokratische Besitzstandswahrer. Da ist es anschlussfähig, wenn von Seiten der Neuen Sozialdemokratie schließlich konstatiert wird, dass es eine gesellschaftliche "Innovationskultur" nur dann geben werde, "wenn das Prinzip Fördern und Fordern funktioniert" (Müntefering 2004: 9). Es stellt sich in Anbetracht dieser aktuellen Beispiele einer Begriffskarriere zunächst also die Frage, was sich mit dem Terminus Innovation verbindet.

1. Annäherung an den Gegenstand - Was ist innovativ?

Auf dem Weg zu einer Innovationskultur hat die Bundesregierung mit dem Jahresbeginn 2004 zunächst einmal eine "Innovationsoffensive" gestartet. Institutionell eingebettet wurde diese u. a. in die Initiative "Partner für Innovation", an der auch Gewerkschaften beteiligt sind. Allerdings ist die Zusammensetzung recht unausgewogen. So waren von den 19 Teilnehmenden des Treffens der Initiative, das im Juli 2004 stattfand, zwölf Unternehmensvertreter, drei Wissenschaftler, ein Vertreter kam aus den Gewerkschaften und drei weitere waren Regierungsmitglieder – bis auf die amtierende Bundesbildungsministerin allesamt Männer. Ein Muster, das wir zum Teil aus anderen sogenannten Expertenkommissionen kennen, und an dessen innovativer Substanz einem zumindest Zweifel kommen mögen.

Der Zweifel wird genährt, führt man sich das Papier zu Gemüte, das als maßgebliche Arbeitsgrundlage des Projekts "Partner für Innovation" vorgestellt wird. So wird die anzustrebende Innovationskultur darin folgendermaßen gezeichnet:

"Deutschland 2010. Der produktive Kern im Innersten von Deutschland glüht wieder, der Innovationskern, der in den letzten 100 Jahren so wichtige Namen wie Einstein, Porsche, Siemens und all ihre Erfindungen hervor gebracht hat, fängt wieder an, Feuer und Kraft auszustrahlen. Forscher und Entwickler sind die neuen Vorbilder im Land. Ihnen fließen größte Sympathie und Unterstützung in ungekanntem Ausmaß zu. Ihre Schaffenskraft, ihre Wertschöpfung werden sichtbar und alltäglich erlebbar. Sie beherrschen die Leitbilder der jungen Generation und die Gespräche am Stammtisch. Forschen, Entwickeln, Umsetzen finden auf

* Überarbeitete Fassung des Vortrags vom 18. September 2004. Erscheint in leicht geänderter Fassung als IMU-Informationsdienst Nr. 6/2004, München (ISBN 3-934859-15-1).

einmal überall statt, sei es zu Hause bei der Verbesserung alltäglicher Abläufe, in der Firma, die in ihre neu eingerichteten Innovationswerkstätten einlädt, oder in Großforschungseinrichtungen und Universitäten, die ihre Pforten weit geöffnet haben. Ideen strömen durch Deutschland und setzen eine gewaltige Kettenreaktion in Gang. Wissensfördernde Assoziationen ersetzen zeitraubende inhaltslose Diskussionen, Kinder finden neue Freiräume zum Lernen und kreativen Arbeiten. Schüler und Studenten arbeiten in eigenständigen Projekten und erforschen neue Welten. Beschäftigungssuchende vernetzen sich mit ihren zukünftigen Arbeitgebern über eigene Forschungs- und Entwicklungsimpulse. Weil das Feuer der Innovation in immer mehr Menschen brennt, entsteht immer mehr verwendbare Energie in Form von Wissen. Diese Energie wird gebraucht und genutzt. Clevere und mutige Leute gründen Unternehmen im Umfeld der Innovationskerne und verwandeln Wissensenergie in marktfähige Produkte und Dienstleistungen. Diesem Sog der neuen Industrialisierung kann sich niemand mehr entziehen. Eine Begeisterung entsteht, die weit über die Grenzen Europas hinaus wahrnehmbar wird. Deutschland ist inspirierend, Deutschland ist angekommen im Jahr 2010." (Fraunhofer-Gesellschaft 2004: 8)

Abgesehen von ihrem bedenklich elitären Gehalt steht dieser vom Sprachduktus so jugendlich-dynamisch daherkommenden Vision eines kritisch-engagierten bis innovations-trunkenen Deutschlands heute de facto eine politische Klasse gegenüber, die "nicht auf den Gedanken [kommt], sich selbst und ihre Voraussetzungen, unter denen sie sich konstituiert hat und reproduziert, solchem innovativen Denken, also einer Kritik der politischen Strukturen und Prozesse zu stellen." (Krippendorff 2004) Im Gegenteil. An den deutschen Hochschulen werden ausgerechnet die Potenziale, die es für eine kritische Begleitung und Überprüfung von Innovativität und ihren gesellschaftlichen Voraussetzungen bräuchte, nämlich die Sozial- und Geisteswissenschaften, systematisch zugrunde gespart.

Aber diese Kritik ist natürlich noch keine Antwort auf die Frage, was innovativ ist. Eine klassische und häufig bemühte Definition hat der österreichische Ökonom Josef Schumpeter geliefert. Als einer der Ersten nach Marx hatte er über die Ursachen der inneren Dynamik des Kapitalismus geforscht und Innovation dabei als Prozess der "schöpferischen Zerstörung" charakterisiert. Aber auch Schumpeter hatte vor allem den Prozess der permanenten technischen Umwälzung, den der Kapitalismus hervorbrachte, vor Augen.

Zweifellos sind technische Erneuerungen ein wichtiger Aspekt von Innovation. Aber sie sind nicht der einzige. Soziale und kulturelle Innovationen haben für die Ausschöpfung des Potentials gesellschaftlicher Wohlfahrtsmehrung oftmals sogar eine höhere Bedeutung. Die Prosperitätsphase der Nachkriegsgeschichte etwa, die ja im wesentlichen ein Resultat institutioneller Innovationen in Form der Durchsetzung des europäischen Wohlfahrtsstaats war, verdeutlicht dies. Der heutige Innovationsdiskurs ist demgegenüber vielfach technikorientiert und vernachlässigt diese zentrale Variante des Innovationsprozesses.

Beide Varianten unterscheiden sich aber nicht nur sachlich, sondern vor allem hinsichtlich ihrer Durchsetzung: Während technische Innovation auf Aspekte wie Markttransparenz, Marktdurchsetzung und ökonomische Effizienz angewiesen sind, ist die Durchsetzung von sozialen und kulturellen Innovationen zumeist eher eine Angelegenheit der sozialen Akzeptanz, d. h. ihrer politisch-gesellschaftlichen Legitimierbarkeit. Und in dieser Hinsicht ist Innovativität keine objektive Kategorie, sondern ein politisch umkämpfter Begriff. Was als innovativ gilt und warum, ist insofern auch Spiegel gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.

2. Gesellschaftliche Transformation und soziale Innovation - Ein Blick auf Kapitalismusgeschichte und Hegemonie

Ich möchte zunächst den Blick auf das Verhältnis von gesellschaftlicher Transformation, und Hegemonie richten. Hegemonie ist in diesem Zusammenhang als eine Verallgemeinerung der Interessen einer sozialen Klasse oder einer klassenübergreifenden Bündnis-konstellation bestimmter Schichten zu verstehen, die sich ihrerseits erst in sozialen Kon-

flikten ausbildet. Sie durchdringt im Prozess ihrer Festigung die Alltagspraxen der Individuen und vermittelt darüber Werte und Ziele als soziale *Normalität*. Aber Hegemonie ist nicht statisch und unveränderlich. Der Sozialwissenschaftler Carl Polanyi hat einmal die Art und Weise der Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften als eine Art "Doppelbewegung" beschrieben, die sich zwischen zwei Polen bewegt: Dem Prinzip des ökonomischen *Laissez-faire*, der wirtschaftlichen Freiheit, auf der einen Seite und dem Prinzip des Schutzes der Natur und der lebendigen Arbeit "vor der verderblichen Wirkung des Marktes" (Polanyi 1978: 185) auf der anderen Seite – eine Form gesellschaftlichen Selbstschutzes also, die etwas mit sozialer Freiheit zu tun hat. Die in dieser Bewegung zum Ausdruck kommende Dynamik ist kein Automatismus, sondern Ergebnis der mehr oder weniger erfolgreichen Durchsetzung von Interessen in der Gesellschaft.

Bei dem Historiker Eric Hobsbawm findet sich eine Analogie zu diesem Bild der Doppelbewegung. In seiner Geschichte des "kurzen 20. Jahrhunderts" beschreibt er zwei große politische Legitimationskrisen. Die erste Legitimationskrise, der Kollaps der Werte und Institution des liberalen Kapitalismus und seines wirtschaftspolitisch enthaltsamen "Nachwächterstaates", nimmt ihren Ausgang mit Beginn des I. Weltkriegs 1914ff und reicht über die Weltwirtschaftskrise 1929ff bis zum Ende des II. Weltkrieges. Dann erst waren die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so aufgestellt, dass die institutionelle Innovation des europäischen Wohlfahrtsstaates und die dem zugrunde liegenden sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse auf breiter Ebene politisch durchgesetzt werden konnten. Die zweite Legitimationskrise setzt Mitte der 1970er Jahre ein, als Krise des wohlfahrtsstaatlichen Reformismus bzw. der nationalstaatlichen Demokratie an sich. Sie ist gleichzeitig verbunden mit der sukzessiven Durchsetzung des Neoliberalismus als hegemonialem gesellschaftlichem Deutungsmuster und einem entsprechenden Wandel in der herrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Das Innovative am Wohlfahrtsstaat bestand einerseits in der Erweiterung des Bürgerstatus im Hinblick auf politische und letztlich auch soziale Teilhaberechte (in Ergänzung zu den grundlegenden Freiheits- und den durch soziale Bewegungen erkämpften politischen Individualrechten). Neben der individuellen wurde dabei auch die kollektivrechtliche Ebene (Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie) gestärkt. Ein weiteres innovatives Moment war die Verbreiterung der Grundlagen der politischen Legitimation des Staates. Dieser sollte nun verpflichtende Verantwortung für die Wohlfahrt der Bürger und die Angleichung der Lebenschancen übernehmen und zu diesem Zweck – ggf. auch gegen den Markt – auf den gesamtwirtschaftlichen Prozess steuernd einwirken. Der Wohlfahrtsstaat repräsentierte in seinen Institutionen folglich nicht nur die für die Gewährleistung wirtschaftlicher Freiheit klassischen Funktionen wie das Gewaltmonopol und insbesondere den Schutz des Privateigentums, sondern das von den sozialen Bewegungen getragene Leitbild der sozialen Freiheit. Beide, wirtschaftliche Freiheit und soziale Freiheit, stehen sozusagen als akzeptierte konkurrierende Prinzipien nebeneinander. Die Einbettung dieser Konfliktpotentiale in das parlamentarisch-demokratische System der nationalstaatlich organisierten Massendemokratie sollte schließlich dem Leitbild der sozialen Freiheit den erforderlichen zivilgesellschaftlichen Rückhalt verschaffen. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat dieses gemischtwirtschaftliche System des Wohlfahrtsstaates daher zutreffend als "ein zivilisatorisches Modell" charakterisiert, "das auf einer zumindest teilweisen Zähmung der archaischen Kräfte des Marktes beruht und auf einer Art stillschweigendem und vorläufigen Pakt zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen" (Bourdieu 1998: 8).

Die in den 1970er Jahren einsetzende Krise der wohlfahrtsstaatlichen Demokratie hat ein multiples Ursachengeflecht. Hierzu zählen die zu diesem Zeitpunkt auftretenden ökonomischen Stagnations-, Überakkumulations- und Inflationstendenzen sowie die zunehmende strukturelle (Massen-)Arbeitslosigkeit ebenso, wie die wachsende Internationalisie-

rung der Produktion und die Veränderungen des prägenden technologischen Paradigmas der Akkumulation infolge der mikroelektronischen Revolution und darauf aufbauender Informations- und Kommunikationstechnologien. Damit verbunden ist der einsetzende ökonomische Strukturwandel in Gestalt der Ausdehnung des Dienstleistungssektors (Tertiärisierung).

Darüber hinaus lassen sich politische Faktoren identifizieren, die den Krisenprozess verstärkt haben. Hierzu zählen die durch die Regierungen der führenden Industriestaaten selbst ins Werk gesetzten Prozesse der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung, die den Regierungen derselben Staaten später die Begründung für eine zunehmende Einschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten lieferten – das gilt insbesondere für das wachsende Volumen der Finanzmärkte und die zunehmende Konkurrenz der Standorte um das globalisierte Kapital. Diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse fand und findet ihren Ausdruck u. a. auch in der Substitution von Einkommens- und Verteilungspolitik durch Staatsverschuldung. Dies kann als Ausdruck mangelnder Konfliktbereitschaft der politischen Klasse gedeutet werden, hat in jedem Fall aber dem Finanzkapital weitere Verwertungsmöglichkeiten eröffnet und den Druck auf die öffentlichen Haushalte verschärft.

Andere Krisenfaktoren resultieren aus den Erfolgen, die der wohlfahrtsstaatliche Zivilisierungsprozess selbst hervor gebracht hat. Denn nie zuvor in der Geschichte war in einem so kurzen Zeitraum der Massenwohlstand derartig gestiegen, wie in der ‚Golden Age‘-Phase nach 1945. Die damit verbundene Erosion traditioneller Milieus, die zunehmende Individualität und wachsende Kontingenz in den Lebensläufen, haben nicht nur alte Konfliktfelder wachsen (z. B. im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis) und neue soziale Bewegungen entstehen lassen, sondern auch das politische Feld verändert (Organisationskultur, Wertewandel, Öffentlichkeit u. ä.). Auch das Ende der 60er Jahre im Entstehen begriffene ökologische Bewusstsein und die Einsicht in die Endlichkeit des Planeten sowie die daraus resultierende Kritik an stoffstromintensiver Massenproduktion und Massenkonsum waren Faktoren dieser zweiten Legitimationskrise.

Der Neoliberalismus war insofern nicht Auslöser dieser Krise, aber er war ihr wohl erfolgreichster "Trittbrettfahrer". Denn heute, daran besteht kein Zweifel, schlägt das Pendel der von Polanyi beschriebenen Doppelbewegung eindeutig zugunsten eines starken ökonomischen Laissez-faire aus. Die Regeln von Markt und Wettbewerb durchdringen immer weitere Bereiche des sozialen Lebens und des Alltags der Individuen. Sie machen sogar vor der Verwertung des menschlichen Körpers nicht halt (Stichwort: Gen- und Biopolitik, Patentierung des menschlichen Erbguts usw.). Ein viertel Jahrhundert neoliberale Hegemonie hat die Gesellschaft durchaus tiefgreifend verändert. Viele Arme wurden ärmer, ein paar Reiche noch reicher, aus Kleinsparern wurden Kleinaktionäre, aus humanistischer Bildung eine Investition in Humankapital und aus Zahnersatz ein privater Luxus.

Der Gesellschaftsvertrag der Nachkriegsgeschichte wurde aufgekündigt und an einer Neufassung haben die Nutznießer derzeit offenbar kein Interesse. Sie profitieren von der Entkopplung zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Verantwortung. Es ist quasi ein Zustand der Vertragslosigkeit und in einem solchen Zustand dominiert das Recht des Stärkeren: Er nimmt, ohne selbst etwas geben zu müssen und er definiert den Schwächeren die Regeln. Diese lauten heute: Da Ihr nichts habt, was wir nicht sowieso bekommen können, gibt es keinen Grund für uns, mit euch zu verhandeln. Wer mit uns in Verhandlungen treten will, der muss allein dafür schon etwas geben, z. B. einen kräftigen Rabatt auf die Ware Arbeitskraft oder ein paar Filetstücke aus dem Bereich der öffentlichen Güter, Dienste und Infrastrukturen, mit denen sich schließlich auch privat hübsch Geld verdienen lässt. So einfach war es für das Kapital schon lange nicht mehr, in den Genuss gesellschaftlicher Gratisleistungen zu gelangen (vgl. Reitzig 2005).

3. Neoliberale Hegemonie als Innovationsbremse

Die Hegemonie neoliberaler Deutungsmuster begünstigt aber nicht nur die Umverteilung von unten nach oben. Sie begrenzt auch die Reichweite und Fantasie des heutigen Innovationsdiskurses. Dies gilt a) im Hinblick auf den zugrundeliegenden Rationalitätsbegriff und das darin aufgehobene Menschen- und Gesellschaftsbild ebenso, wie b) für das Verhältnis von Konkurrenz und Kooperation, c) die Beziehungen von Ungleichheit und Gerechtigkeit sowie d) Politik und Legitimation.

a) *Rationalitätsbegriff und Menschenbild.* Der neoliberalen Weltsicht liegt zunächst ein bestimmtes Menschenbild zugrunde, das des ‚homo oeconomicus‘. Dieser Wirtschaftsmensch geht - in knapper Form ausgedrückt - davon aus, dass er dem Gemeinwesen bzw. der Gesellschaft dann am nützlichsten ist, wenn er selbst seinen Eigennutzen maximiert. Er weiß nicht, was eine ‚gute Gesellschaft‘ auszeichnen könnte, aber er weiß, was für ihn gut ist. Dieser explizite Vorrang einer Perspektive des einzelnen Wirtschaftssubjekts führt gesamtgesellschaftlich - das ist die Situation, die wir heute haben - zu einem Einflussverlust der Kriterien gesamtwirtschaftlicher bzw. -gesellschaftlicher Rationalität. Die Verbetriebswirtschaftlichung der Maßstäbe fördert jedoch nicht nur die Überwälzung einzelwirtschaftlicher verursachter Kosten auf die Gemeinschaft, sondern begünstigt überdies gesamtwirtschaftliche Ineffizienzen und die Fehlallokationen von Mitteln und Wissen/Chancen in der Gesellschaft – mithin relevante Innovationsressourcen.

b) *Konkurrenz und Kooperation.* Die neoliberale Hegemonie befördert eine praktischpolitische Übergewichtung von Märkten und Wettbewerb als Instanzen und Instrumente wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgreichen Handelns. Gesellschaft ist aber nicht nur das evolutionäre Resultat unitendierter Handlungen der Einzelnen, denen der "Wettbewerb als Entdeckungsverfahren" (Hayek 1981: 161) hilft, ihrem Handeln die Richtung für ein Höchstmaß an erschließbarem Nutzen zu weisen. Diese Perspektive unterschlägt systematisch die hohe Bedeutung nicht-wettbewerblich organisierter Kooperation, die in Wirtschaft und Gesellschaft deshalb veranstaltet wird, weil sie einen hohen Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und des Wohlstands insgesamt leistet. Dabei ist nicht nur an Formen des bürgerschaftlichen Engagements u. ä. zu denken. Das trifft ebenfalls zu z. B. bei der Förderung regionaler Wirtschaftspotentiale etwa in Gestalt sogenannter Cluster oder Kompetenzzentren, bei denen freiwillige Kooperation (z. B. entlang der Wertschöpfungskette eines Endprodukts) und nicht wettbewerbsmäßige Konkurrenz der maßgebliche Faktor für innovatives Handeln und wirtschaftlichen Erfolg ist.

c) *Ungleichheit und Gerechtigkeit.* Der konservative Vordenker von Hayek hat die neoliberale Antwort auf die Frage nach dem Stellenwert sozialer Gerechtigkeit prägnant zusammengefasst: "Der Ausdruck soziale Gerechtigkeit gehört nicht in die Kategorie des Irrtums, sondern in die des Unsinnigen wie der Ausdruck ein moralischer Stein." (Hayek 1981: 112) Da die Einzelhandlungen der Individuen am Markt zu einem Gesamtergebnis führen, das als Resultat von niemandem geplant wurde, könne auch niemand für dieses Gesamtergebnis verantwortlich gemacht werden - ebenso wenig wie für die Opfer einer Naturkatastrophe. Soziale Ungleichheit müsse vielmehr als Tatsache hingenommen und ggf. als förderlicher Anreiz für individuellen Fleiß begriffen werden. Abgesehen davon, dass viele Gesellschaften große Anstrengungen unternehmen, um sich auf drohende Naturkatastrophen angemessen vorzubereiten (und die Unterlassung solcher Vorbereitungen angemessener Anlass von Kritik wäre), führt die Hegemonie des Neoliberalismus zu einer massiven Vertiefung bestehender sozialer Ungleichheiten und einer Verstärkung von Machtdisparitäten. Dies fördert die soziale und politische Desintegration und gefährdet damit den demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft mittelfristig ebenso, wie ihre wirtschaftliche Leistungs- und Innovationsfähigkeit.

d) *Politik und Legitimation.* Neoliberale Analysen zu Staat und Demokratie, wie sie etwa im Rahmen der Public-Choice-Theorie vorgenommen werden, münden zumeist in ein und derselben Klage: *Der Markt ist für die Freiheit geboren und liegt doch überall an der Kette des Staates. Dieser ist zur Beute der Mehrheit der Habenichtse und ihrer Arbeitsmarktkartelle (sprich: Gewerkschaften) geworden, die ihn vermittels der demokratischen Mehrheitsregel zu ihrem Nutzen als Umverteilungsmaschine betreiben und somit die Freiheit der Leistungsträger, der Eliten, beschneiden.* Die daran anschließende Therapieempfehlung lautet dann in etwa: *Nur die Beschränkung der Reichweite von Mehrheitsentscheidungen schränkt die Gefahr ihres Missbrauchs ein.* Historisch betrachtet ist dies einerseits nur die schlichte Umkehr der konkreten Erfahrung des Nationalsozialismus, in welchem der Staat tatsächlich Beute wurde, nämlich die Beute der Konzerne. Andererseits kommt darin eine Art Demokratiepessimismus zum Ausdruck, der sich praktisch als Entdemokratisierung von Politikprozessen darstellt (siehe Europäische Zentralbank). Die damit einhergehende Ökonomisierung des Politischen befördert letztlich eine zunehmende Erosion in der Substanz der demokratischen Legitimation kollektiver Prozesse (Krise der politischen Repräsentation). Die Dominanz zweckrationalen Handelns auch außerhalb der Sphäre des Marktes führt zu einer Verdinglichung gesellschaftlicher Beziehungen und infolge dessen zur Beschränkung der sozialen Fantasie durch sachzwanghaftes Denken.

Gelöst haben die neoliberalen Nebelkerzen die ursprünglichen Probleme indes nicht. Im Gegenteil, das Tempo gesellschaftlicher Umbrüche ist gestiegen: Ökonomische Stagnation, schrumpfende Binnennachfrage und Deflationsgefahr, verstärkte Konzentration auf den Märkten und Wellen von Unternehmensfusionen oder -zusammenbrüchen bestimmen das Bild. Die Krisenhaftigkeit der Wirtschaft wächst, und die sozialen Verwerfungen nehmen zu.

4. Umbrüche als Chancen - Mögliche Anknüpfungspunkte innovativer Gewerkschaftspolitik

"Umbrüche finden in Sackgassen statt" hat Bertolt Brecht seinen Me-ti einst sagen lassen. Phasen tiefer gesellschaftlicher Umbrüche sind aber immer auch ergebnisoffene Phasen der vertieften Auseinandersetzung um zukunftsfähige Entwicklungspfade und normative Werte. Zumindest der Sache nach bieten sich insofern auch Möglichkeiten, das von Polanyi skizzierten Pendel der Doppelbewegung wieder mehr in Richtung einer Stärkung des gesellschaftlichen Selbstschutzes gegenüber den destruktiven Kräften von Markt und Wettbewerb zu verschieben. Wo aber lassen sich Anknüpfungspunkte finden und welche Widerstände gibt es?

Ich möchte dies anhand von drei Innovationsfeldern versuchen zu umreißen: Erstens dem Innovationsfeld Ökonomie und Demokratie, zweitens dem Innovationsfeld Arbeit und Autonomie und drittens dem Innovationsfeld gesellschaftliche Leitbilder. Auf diesen drei Feldern bilden sich zugleich drei relevante gesellschaftliche Ebenen ab. Die erste ist die Ebene des Gemeinschaftlichen. Auf dem zweiten Feld kommen insbesondere die sozialen Bedingungen von Individualität(sentwicklung) zum Tragen. Das dritte Feld schließlich spiegelt die Ebene des Normativen. Denn da Menschen, wie Wolfgang Abendroth es formulierte, "Wesen sind, die das Resultat ihres Handelns im Kopf vorwegnehmen" (Abendroth 1968: 9f), spielen Werte und Normen, die die Vorstellung prägen, für das Ergebnis der Handlungen eine maßgebliche Rolle. Das gilt gerade im Bereich des Politischen, dort also, wo es um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse geht.

Die Beantwortung der Frage nach möglichen innovativen Perspektiven setzt dabei auf allen Feldern zunächst voraus, einen Eindruck davon zu gewinnen, was den Status quo kennzeichnet bzw. was die aktuellen Trends und prägenden Entwicklungen sind.

4.1 Innovationsfeld Ökonomie und Demokratie.

Einer der hervorstechendsten Meta-Trends der Gegenwart ist zweifellos der kontinuierliche, wenn auch ungleichgewichtige Prozess der „Rückbildung des Staates“ (Bourdieu 1998: 42). Er wird begleitet von einer Ökonomisierung der Politik, die sich u. a. in einer zunehmenden Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen Geltung verschafft. Dies gilt z. B. für die Bereiche Wasser- und Energieversorgung, betrifft aber auch Bildung und Ausbildung sowie öffentliche Sicherheit.

Das Spannungsfeld zwischen nationalstaatlich verfasster Demokratie und einer sich transnational organisierenden Ökonomie wächst stetig. Quer zu alten staatlichen Machtstrukturen entwickeln sich neue Governance-Strukturen auf inter- und supranationaler Ebene und es kommt zu einer neuen Informalisierung von Macht zugunsten der "unverfasseten Mächte" (Narr), der Global Player & Co.. Die neosozialdemokratische Regierungspolitik des "Dritten Wegs" wirkt dabei als Trendverstärker. Gemäß dem Credo "Wirtschaften findet in der Wirtschaft statt" (Ex-Wirtschaftsminister Rexrodt), das ihre konservativen Amtsvorgänger einst verkündeten, wird die Gestaltung der Ökonomie dem Markt überlassen, um die Folgen dieser Tatenlosigkeit durch eine "autoritäre Gemeinwohlpraxis" (Lesenich 2003: 218) abzufangen. Diese zielt vor allem auf eine verstärkte soziale Kontrolle der Bedürftigen und auf eine Erhöhung des materiellen Existenzdrucks. Es wächst die Zahl derjenigen Menschen – auch und gerade aus den früher stabilen Mittelschichten –, die im Hinblick auf den Arbeitsmarkt nur Überzähligkeit und Nicht-Nützlichkeit erfahren. Und es wächst die Gefahr, dass diese Erfahrungen sich in Haltungen umsetzen, die auf andere Bereiche des öffentlichen und politischen Lebens der Gesellschaft ausstrahlen.

Was wären gegenüber diesen Trends nun innovative Herausforderungen und Aufgaben für Gewerkschaften auf diesem Feld? Hierzu nachfolgend einige kursorische Überlegungen, die natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern eher als Richtungsmarken verstanden werden sollen.

a) *Öffentliche Güter: zivilisatorische Errungenschaften schützen.* Die mit der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen verbundenen Prozesse des Umbaus der europäischen Gesellschaften sind nicht einfach nur "ein wenig mehr Liberalisierung". Sie stellen vielmehr einen Prozess der kulturellen Enteignung dar. Wird er nicht gestoppt, werden wir den künftigen Generationen eine Gesellschaft hinterlassen, in der das private über das öffentliche Recht herrscht und eine solche wird eine dekadente Gesellschaft sein. Dabei geht es nicht nur um eine defensive Verteidigungsaufgabe, sondern auch um zukunftsweisende Neudefinitionen dessen, was durch die Gesellschaft als ein öffentliches Gut bereit gestellt werden sollte. Denn öffentliche Dienste sind eine Alternative zu der Verteilung von Gütern durch Marktmechanismen und privates Gewinnstreben. Und ein Blick auf die Geschichte zeigt, dass die Bereitstellung hochwertiger öffentlicher Güter ebenso wie ein dazugehöriger nicht-marktmäßig gesteuerter Bereich von Erwerbsarbeit (z. B. bei Gesundheits- und Infrastrukturdiensten, Bildung u. ä.) komplementäre Elemente eines hohen gesellschaftlichen Zivilisationsniveaus waren. Die Zunahme von Arbeitskämpfen – etwa in Frankreich und Großbritannien –, bei denen die Beschäftigten gegen wachsende Lohndifferenzen infolge von Privatisierung oder Outsourcing ehemals öffentlicher Dienstleistungen zur Wehr setzen, deutet bereits heute an, dass auf diesem Feld mit vermehrten sozialen Konflikten zu rechnen ist.

b) *Ökonomische Alphabetisierung tut Not.* Innovativ wäre es heute, die Ökonomie wieder politisch zu interpretieren, statt die Politik ökonomisch. Gewerkschaften können zu einem solchen Bewusstseinswandel beitragen. Dies lässt sich freilich nicht per Beschlussvorlage erledigen, sondern bedeutet in erster Linie, Aufklärungsarbeit zu leisten. Aufklärung etwa über den Umstand, dass unter Bedingungen des Kapitalüberschusses im entwickelten Kapitalismus heute nicht das Ergebnis einer Wirtschaftsperiode darüber entschei-

det, wie der Wohlstand am Ende verteilt werden kann, sondern die Verteilung des Reichtums entscheidend für das Ergebnis der Wirtschaftsperiode, für die Ausschöpfung des vorhandenen produktiven Potenzials ist. Denn wären die Gewinne von heute, tatsächlich "die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen", wie es die herrschende Politik seit vielen Jahren behauptet, dann müssten wir heute eher einen Arbeitskräftemangel vorfinden, statt eines Überschusses an Millionären. Sich dieser Vermittlungsarbeit verstärkt zu stellen, wäre u. a. eine der vornehmsten Aufgaben gewerkschaftlicher Bildungsarbeit.

c) *Für eine neue Balance von Staat und Zivilgesellschaft.* Historisch galt der Staat gerade aus der Perspektive der ArbeiterInnenbewegung als das gesellschaftliche Machtzentrum. Als solches wurde er praktisch erfahren und als solches war er der Gegenstand, an dem sich die Geister schieden. Die einen wollten den Staat übernehmen und dann durch die Diktatur des Proletariats die Herrschaft des Menschen über den Menschen zum Absterben bringen, die anderen ihn durch Reformen von innen heraus umbauen. Das realsozialistische Experiment mündete jedoch überwiegend in das Gegenteil und hat heute jedwede Attraktivität als ideeller Bezugspunkt für emanzipatorische Politik verloren, wenngleich der utopische Gehalt der sozialistischen Idee an sich längst nicht erschöpft ist. Doch auch die andere einflussreiche und geschichtsmächtige Variation, die sozialdemokratisch-reformistische Umformung des Staates, scheint heute an ihre Grenzen zu stoßen. "Die politischen Akteure bestätigen durch ihr geschicktes Anpassungsverhalten an die ökonomische Logik, dass die mit der Globalisierung gewachsene Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit ihnen eine Politik abverlangt, die bestenfalls als ‚kleineres Übel‘ noch überzeugen kann. Aus einer an der Vision einer besseren Gesellschaft orientierten Politik wurde eine Politik der Schadensbegrenzung. Gerade wo die Sozialdemokratie die Regierungsmacht ausübt, wächst die Desillusionierung" (Schumann 2003: 163). Doch statt den vielfach zitierten Bruch der Sozialdemokratie mit der Gewerkschaftsbewegung zu begrüßen oder zu beklagen, gilt es vielleicht einmal mehr, aus der Erkenntnis Konsequenzen zu ziehen, dass der Staat der Gegenwart, wie es der italienische Philosoph Norberto Bobbio ausdrückte, eine Machtelite neben anderen in der Gesellschaft ist und nicht einmal zwangsläufig die stärkste (Bobbio 1987: 127). Hegemonie als Ausdruck von Kräfteverhältnissen ist insofern nicht in erster Linie eine Frage der parlamentarischen Mehrheiten, obwohl sie das auch ist. Sie zu verändern bedarf aber vor allem engagierter Menschen, die sich auf Verständigungsprozesse für die Formulierung kollektiver Ziele und Wege einlassen und die die Träger sozialer Bewegungen sind. Insofern ist eine Entgegensetzung von politischer Aktion und politischem Dialog mit der Regierung, wie sie mitunter innerhalb der deutschen Gewerkschaften zum Tragen kommt, wenig zielführend. Für die Gewerkschaften geht es vielmehr darum, dort Bündnisse einzugehen, wo sich mit anderen alten und neuen Bewegungen und Organisationen der außerparlamentarische Resonanzboden verstärken lässt, um damit zugleich der Exekutive den nötigen Anlass oder ggf. den erforderlichen Rückhalt für politisches Handeln zu vermitteln. Das erfordert allerdings, mit der real vorhandenen Vielfalt im Hinblick auf Weltanschaulichkeit, auf Aktions- und Organisationsformen schöpferisch und nicht taktisch umzugehen und die Herausforderung einer politischen Kultur des Pluralismus als eine innovative Entgegnung zum antipluralistischen Geist des Neoliberalismus aufzunehmen.

d) *Demokratisierungspotenziale identifizieren.* "Mehr Demokratie wagen", diese Losung der "Alten"-Sozialdemokratie ist heute gegenüber dem neoliberalen Ziel, der demokratischen Politik rechtliche Fesseln anzulegen, ins Hintertreffen geraten. Doch die Antwort auf Politikverdrossenheit und rückläufige Wahlbeteiligungen, auf Missstände in öffentlichen Verwaltungen, wortbrüchige und machthungrige PolitikerInnen und manche bürokratische Eigenlogik staatlicher Behörden ist nicht weniger, sondern mehr Demokra-

tie. Das könnte im Einzelnen beispielsweise bedeuten, für eine Erweiterung der politischen Individualrechte (Recht auf freie Meinungsäußerung, aktives und passives Wahlrecht etc.) zu streiten, etwa nach dem Modell partizipativer Haushaltsführung, wie es in Brasilien im Rahmen der kommunalen Bürgerhaushalte geübt und entwickelt wird, oder die betriebliche Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu stärken u.a.m.. Das bedeutet aber auch, der raumgreifenden Reduktion von Demokratie auf ein Abstimmungsereignis entgegen zu treten. Meinungsbildung, kollektive Interessen und deren Organisation, Deliberation, Aushandlung, Konflikt und Kompromissbildung, all diese Elemente, die untrennbar zum komplexen Prozess demokratischer Willensbildung dazu gehören, drohen mehr und mehr hinter einer simplexen Konzeption von Politik als Angebotsökonomie zu verschwinden. D. h. es geht letztlich um einen Prozess der Verteidigung von demokratischen Grundnormen, der zugleich immer auch eine Wiederaneignung von sozialen Räumen ist, den konkreten Orten praktizierter Demokratie in regionalen und lokalen Bereichen.

4.2 Innovationsfeld Arbeit und Autonomie.

In vielen Diskussionsbeiträgen wird heute vom ‚Ende der Arbeitsgesellschaft‘ geredet. Dieser Behauptung eines Trends steht jedoch ein anderer Trend gegenüber. Denn was bezeichnet der nicht minder häufige Verweis auf den Prozess der Globalisierung im Kern anderes, als eine immer weitere Verallgemeinerung der Lohnarbeit im Weltmaßstab? Zwar kommt in der hohen Arbeitslosenzahl durchaus und offenkundig ein Mangel an bezahlter Arbeit zum Ausdruck, jedoch hat auf der anderen Seite die Zahl der Erwerbstätigen in allen Industrieländern am Übergang ins 21. Jahrhundert ein geschichtlich bislang einmalig hohes Niveau erreicht - von der Bedarfsseite, d. h. den unbestellten Feldern gesellschaftlich sinnvoller Arbeit einmal ganz abgesehen. Darüber hinaus verschwimmen zunehmend die gesellschaftlichen Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und Freizeit. Weder scheint also die Arbeitsgesellschaft ein Auslaufmodell, noch geht den Gesellschaften die Arbeit aus. Jedoch wirkt die unfreiwillige Arbeitszeitverkürzung für Millionen - nichts anderes bedeutet ja Arbeitslosigkeit - als Druckmittel in Richtung der Aufweichung erkämpfter sozialer Standards.

Unter den Bedingungen der stagnierenden Gesamtökonomie von heute hängt der Erfolg eines Unternehmens zunehmend davon ab, ob es ihm gelingt, sich auf den inzwischen hochgradig konzentrierten Märkten gegenüber Versuchen von Verdrängung und feindlicher Übernahme zu behaupten. In diesem Konkurrenzkampf ist der ‚Shareholder Value‘ zur richtungsbestimmenden Determinante des unternehmerischen Managements geworden. Im betrieblichen Innenverhältnis wird dieser Maßstab sowohl über das Controlling als auch über die Simulation von Marktverhältnissen auf und zwischen möglichst allen Stufen innerhalb des Unternehmens durchgesetzt (Profit Center, Zielvereinbarungen etc.). Zugleich setzt sich ein neuer Rationalisierungstyp durch, der im Kern auf einer Neustrukturierung der innerbetrieblichen Kommunikationspraxen basiert. Wurde früher der subjektive Faktor in der Arbeit – also die eigene Kreativität der Arbeitenden und ihr Austausch untereinander – durch stärkere Integration der Beschäftigten in einen normierten Arbeitsablauf oder durch steigende Intensivierung der Arbeit im Wesentlichen auszuschalten versucht, stellt er nunmehr eine ökonomisierte Ressource dar. Diese wird mit dem Mittel der indirekten Steuerung als Anforderung an ‚Eigeninitiative‘ und ‚Verantwortung‘ mobilisiert. An die Stelle kollektivvertraglicher Regelungen setzten die Unternehmen dabei mehr und mehr auf ‚Wir‘-Botschaften zur Aktivierung intrinsischer Motivation.

Während die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zunächst durch eine Phase gekennzeichnet ist, die davon geprägt war, die Lohnarbeit vor den Risiken und Zwängen einer rein marktgesteuerten Verwertung zu schützen, so weisen die Entwicklungen heute genau in die Gegenrichtung. Schützende Rahmenbedingungen und Gesetze werden abgebaut und

die lebendige Arbeit mehr und mehr auf ihre Eigenschaften als Ware reduziert. Das gesamtgesellschaftliche Resultat dieser einzelwirtschaftlichen Unternehmensstrategien ist der Trend zur Prekarisierung auf den Arbeitsmärkten, durch die Ausweitung von Teilzeitarbeit, Befristung, Leiharbeit, Ich-AGs u. ä.. Es droht ein Rückfall in eine überwunden geglaubte "Kultur des Zufalls" (Castel 2000: 358) und die Ausprägung eines "negativen Individualismus" (ebd.: 401). Beides entspringt aus dem Verlust von Planungshorizonten und Sicherheiten im Hinblick auf die individuelle Lebensgestaltung und subjektiven Überforderungen der Einzelnen durch steigenden Selbstvermarktungsdruck bei gleichzeitiger Erosion kollektiver Schutzfunktionen. Die Zielgröße ist das sogenannte "atmende Unternehmen". Ein Begriff, der an sich ein schönes Beispiel für die Dominanz des Systemischen in der politischen Kommunikation ist. Er klingt einerseits sehr lebendig, ist aber andererseits Ausdruck dessen, was Habermas wohl mit der Rede von der "Kolonisierung der Lebenswelten" (Habermas 1988: 488) gemeint haben könnte. Denn tatsächlich gibt es innerhalb eines Unternehmens doch nur etwas, das atmet - die Menschen, die dort beschäftigt sind. Das meint dieses Bild vom "atmenden Unternehmen" aber nicht. Es meint, das Unternehmen atmet die Menschen ein und es atmet sie wieder aus, wenn ihm danach ist, d. h. der Markt es erfordert. Je mehr das Unternehmen atmet, desto mehr halten die von ihm abhängigen Menschen die Luft an.

An Herausforderungen also mangelt es auf diesem Feld nicht. Wie ist es dabei jedoch um den Faktor Innovation bestellt? Ein nicht unintelligenter Redakteur der Berliner Zeitung schrieb vor einigen Monaten: "Niemand aber weiß, wie Innovationen, die in der Wirtschaft stets darin bestehen müssen, Arbeit zu verbilligen, mehr Arbeitsplätze schaffen sollen" (Widmann 2004). Das klingt zunächst nach einem berechtigten Einwand. Aber mal ehrlich, ist uns wirklich die soziale Vorstellungskraft soweit abhanden gekommen, dass wir nicht mehr wissen, was wir gesellschaftlich mit steigender Arbeitsproduktivität anfangen könnten? Wenn derselbe (oder sogar ein höherer) Wohlstand mit weniger Einsatz lebendiger Arbeit geschaffen werden kann, fällt uns dann nichts besseres ein, als die Zahl der "Überzähligen" auf dem Arbeitsmarkt zu steigern? Ratlos bleiben wir höchstens, wenn wir versuchen, diese Perspektiven – so wie der zitierte Redakteur – aus der einzelwirtschaftlichen Sicht der Dinge zu schöpfen. Hier braucht es vielmehr ein gesamtwirtschaftliches Verständnis. Erst dadurch eröffnet sich ebenso der Blick auf die gesellschaftlichen Produktivitätspotentiale wie auf die Reproduktionsbedarfe, sowohl im Hinblick auf die "lebendige Arbeit", als auch auf ihre natürlichen und sozialen Voraussetzungen. Auch hierzu im Folgenden einige Anregungen wider den Mainstream:

a) *De-Kommodifizierung lebendiger Arbeit.* In der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse liegt zweifellos eine Kernkompetenz und -aufgabe von Gewerkschaften. Sie sind die Anwälte der "lebendigen Arbeit" - oder mindestens sollten sie es sein. Und wer außer ihnen könnte diese Verantwortung ansonsten auch übernehmen? Es gilt zum einen, neue Instrumente und Formen zu entwickeln, um den veränderten Schutz- und Gestaltungserfordernissen, die durch die Ökonomisierung des Subjekts entstehen, gerecht zu werden. Denn die neuen Anforderungen an die individuelle Selbststeuerung in der Organisation der Erwerbsarbeit sind ein Nährboden für neue arbeitsbedingte Gefährdungen. Indem die Schaffung von Wettbewerbsverhältnissen zwischen den Arbeitenden innerhalb eines Unternehmens zum Instrument indirekter Steuerung und statt der Arbeitszeit zunehmend das unmittelbare Resultat der Arbeit selbst zum Erfüllungskriterium des Arbeitsvertrags wird, wird der Träger der Ware Arbeitskraft, der Mensch, mehr und mehr auf systemische Funktionalität konditioniert. Arbeitswissenschaftliche und arbeitsmedizinische Studien weisen darauf hin, dass gesundheitliche Störungen, wie "chronische Ruhelosigkeit", "pathologischer Anwesenheitsdrang", "Erholungsunfähigkeit" oder die Zunahme stressbedingter Depression infolge wachsender Schwierigkeiten bei Beschäftigten, sich selbst Grenzen zu setzen, heute

keine Ausnahmebefunde darstellen. Sie nehmen offenbar mit den Anforderungen an die individuelle Selbststeuerung im Prozess und in der Organisation der Erwerbsarbeit zu.

b) *Den Marginalisierten Stimme geben.* Die Gewerkschaften stehen aber auch vor der Herausforderung, den Nöten und Interessen neuer subalternen Beschäftigtengruppen, die die neoliberale Politik der De-Regulierung und Ungleichheit hervorbringt, gesellschaftlich Geltung zu verschaffen. Das gilt für die prekär Beschäftigten im wachsenden Niedriglohnsegment. Aber das gilt auch für eine zunehmende Gruppe von Beschäftigten, über die bislang kaum geredet wird, die aber das schwächste Glied auf den Arbeitsmärkten darstellen: Die sogenannten Papierlosen, die "illegal" Beschäftigten. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen - es geht dabei nicht um das klassische Problem der "Schwarzarbeit" oder "Nachbarschaftshilfe". Die Dimensionen haben sich verändert. Ganze Wirtschaftszweige in Europa rekrutieren ihre Arbeitskräfte heute aus dem Bereich illegaler Migration und setzen damit bestehende Lohnstandards unter Druck. Einem EU-Bericht zufolge entsprach der Schwarzmarkt in Westeuropa bereits 1998 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In den 1970er Jahren waren es noch nur 5 Prozent (vgl. IOM 2001: 3). Vieles davon findet sich im Agrarbereich oder – so Deutschland – im Bereich der haushaltsnahen oder personenbezogenen Dienstleistungen.

c) *Autonomiefördernde Faktoren in der Erwerbsarbeit stärken.* Die veränderten Arbeitsanforderungen bergen nicht nur Risiken, sondern auch Chancen. Denn den gewachsenen Bedürfnissen der Menschen nach Selbstdefinition und Autonomie, an die die betriebliche Ökonomisierung des Subjekts anknüpft, stehen tatsächlich auch gewachsene Möglichkeiten gegenüber, den persönlichen Vorstellungen und Wünschen im Hinblick auf das eigene Leben ein größeres Gewicht zu verleihen, als das in der Vergangenheit oftmals der Fall war. So wird Arbeit gerade von jüngeren Beschäftigten heute weniger als notwendiges Übel betrachtet, sondern als tätige Selbstentfaltung. Eine Möglichkeit, diese Entwicklung wider den vorherrschenden Trend zu fördern, besteht in der Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns. Sicherlich gibt es dabei einige sorgfältig abzuwägende Probleme, etwa im Hinblick auf die Art und Weise seiner gesellschaftlichen Aushandlung oder die Verknüpfung mit dem Grundsatz der Tarifautonomie. Dennoch ist dies ein adäquater Ansatz, um vor dem Hintergrund zunehmender Niedrigstlohnsektoren und Working-Poor-Realitäten auch in Deutschland den Schutz der lebendigen Arbeit wieder offensiv als Aufgabe des staatlichen Gemeinwesens zu thematisieren. Das kann perspektivisch aber auch die Frage nach einem Bürgerrecht auf eine erwerbsarbeitsunabhängige Grundsicherung betreffen. Allerdings, das sei hinzugefügt, ist u. a. die Warnung von Wolfgang Fritz Haug nicht unbegründet, dass ein solches Grundeinkommen in Zeiten der Abkopplung der Geldgesellschaft von der Arbeitsgesellschaft durchaus wie ein Schatten dieser Abkopplung wirken und eine Verstetigung von Prekarität statt ihre Eindämmung hervor bringen könnte.

d) *Arbeit und Zeit als Schlüsselthemen.* Wider den Mainstream bedeutet last but not least auch, gegen die ökonomisch unsinnigen und sozial unsolidarischen Forderungen nach Arbeitszeitverlängerung als "sinnvolle Strategie zur Standortsicherung" (DB Research 2004: 6) das Instrument der Arbeitszeitverkürzung zu setzen. Das ist jedoch leichter gesagt als getan. Denn einerseits schmälern die Erfahrungen der Verlängerung von faktischen Arbeitszeiten – nicht erst seit dem Siemens-Abschluss – den Glauben an die Durchsetzbarkeit selbst bei vielen engagierten GewerkschafterInnen. Und andererseits fordert die stetige Entgrenzung formaler Arbeitszeiten im Zusammenspiel mit der allgemeinen Kostensenkungs-Obsession eine strategische Einbettung von Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung in einen gesellschaftspolitischen Begründungskontext, um überzeugungsfähig zu sein. Dieser muss über die enge wirtschaftspolitische Argumentation hinausreichen – so richtig die Forderung nach Umwandlung von kollektiv erbrachten Produktivitätszuwächsen in kollektiv

tiven Zeitwohlstand bei einer gleichzeitig gerechteren Verteilung der Erwerbsarbeit auf die Erwerbsbevölkerung nach wie vor ist.

Es sei hier nur am Rande bemerkt, dass die Frage, was wir mit einem Mehr an verfügbarer Zeit sinnvolles tun können, zugleich auf ein sich immer weiter öffnendes Spannungsfeld zwischen gewerkschaftlicher Betriebspolitik und gesellschaftspolitischen Initiativen der Gewerkschaften verweist. Dabei kommt der Diskussion um soziale Leitbilder eine maßgebliche Bedeutung zu.

4.3 Innovationsfeld gesellschaftliche Leitbilder

"Wer keine Vorstellung von dem entwickelt, wie eine vernünftig eingerichtete Gesellschaft auszusehen hätte und wie sie sein soll, " schreibt der Soziologe Oskar Negt (2001: 678), "der kann auch die bestehenden Verhältnisse nicht begreifen. Wer aber die bestehenden Verhältnisse nicht begreifen kann, dem wird es unmöglich sein, Arbeitsformen und Projekte zu entwickeln, die über Sonderbereiche hinausgehen und sich auf ein vernünftiges Ganzes richten." Sicherlich ist es nicht einfach, nach Antworten auf diese zugegebenermaßen komplexe und umfassende Problemstellung zu suchen, aber es ist einfach unabdingbar es zu versuchen. Denn gerade auf dem Feld gesellschaftlicher Leitbilder beschränkt die übergreifende Hegemonie einer zur Gesellschaftswissenschaft aufgeblasenen Betriebswirtschaftslehre den Horizont sozialer Fantasie und gesellschaftlicher Diskurse offenbar massiv. Entsprechend hoch ist der Innovationsbedarf.

Der vorherrschende Trend kommt vielleicht am ehesten in der Dominanz jenes interessegeleiteten Ungleichheitsdiskurs zu Tragen, der das Geschehen heute prägt. Doch wenn ein verhältnismäßig frisch ins Amt gewählter deutscher Bundespräsident seinen Landsleuten empfiehlt, sie möchten die Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland als gegeben akzeptieren, so ist das weniger Ausdruck eines "wachsenden Realitätssinns" (Neue Züricher Zeitung vom 14.09.04), sondern der bereits angesprochenen Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zugunsten jener Minderheit der Bessergestellten, die von dieser Ungleichheit durch eine erhöhte Erpressbarkeit der Mehrheit profitieren. Die Argumente, insbesondere im Hinblick auf die Entgegensetzung von Freiheit und Gleichheit, sind nicht neu, aber sie werden zunehmend lautstarker vorgetragen. Dies ist insofern auch nicht verwunderlich, als die wachsende Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums auch eine zunehmende ideologische Legitimation erfordert. Bereits im sogenannten Blair-Schröder-Papier von 1998 wurde die These vertreten, in der Vergangenheit sei soziale Gerechtigkeit mit Gleichheit im Ergebnis verwechselt und damit implizit dem konservativen Ideal leistungsbezogener Gleichheit der Gültigkeitszuspruch erteilt worden. Gerechtigkeit wird dabei zumeist als eine rein prozedurale Kategorie interpretiert und ihrer materiellen Voraussetzung weitgehend entkleidet. An die Stelle konzeptioneller Vorstellungen vom "guten Leben" und der Vermittlung seiner sozialökonomischen Bedingungen setzen die politischen Eliten und Mandatsträger häufig nur noch den Satz: *Tröstet Euch, es könnte schlimmer kommen*. Verpackt in das Instrument des politischen Benchmarking bricht sich der Horizont des Vorstellbaren an der Praxis des Machbaren. Anders ist es schließlich kaum erklärbar, wenn ein SPD-Generalsekretär zum Thema soziale Gerechtigkeit konstatiert, Verteilungspolitik sei aus "objektivem Mangel an Mitteln" (Scholz 2003) heute nicht mehr zeitgemäß, obgleich doch die Menschheit heute über den leistungsfähigsten Produktionsapparat ihrer Geschichte verfügt.

Innovativ ist es demgegenüber nicht nur, den Zusammenhang von Armut und Reichtum wieder zu einem gesellschaftlichen Thema zu machen. Es gilt ebenso zu vermitteln, dass beispielsweise das Thema "gute Arbeit", das auch in der aktuellen Innovationsoffensive der Bundesregierung aufgegriffen wird, in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Vorstellungen von einem "guten Leben" und seinen materiellen Voraussetzungen steht. Die

vorherrschende Debatte, in der Gleichheit gegen Freiheit bzw. verteilende gegen teilhabende Gerechtigkeit (Chancengleichheit) gestellt wird, stärkt nicht nur die neoliberale Hegemonie, sie zielt auch am praktischen Kern des Problems vorbei. Denn gerade beim Thema Erwerbsarbeit wird deutlich, dass die Frage der sozialen Gerechtigkeit sich keinesfalls nur auf die Verteilung der Erwerbsarbeit beziehen kann, so wie das heute oft der Fall ist. "Hauptsache Arbeit" taugt nicht als Indikator für ein "gutes Leben". Hinzu kommen müssen ebenso Kriterien, wie die Frage nach einem existenz- und partizipations sichernden Einkommensniveau, der menschengerechten und gesundheitserhaltenden Gestaltung der Arbeitstätigkeit und des Arbeitsplatzes, der Qualifizierungsmöglichkeiten etc.. Jeder quantitative Begriff von sozialer Gerechtigkeit braucht letztlich qualitative Maßstäbe, um brauchbare Orientierungen zu liefern. Und diese Qualitäten zu formulieren ist eine der Aufgaben von Gewerkschaften, die ihnen niemand abnehmen wird.

5. Noch einmal: Was ist innovativ?

Statt einer Zusammenfassung zum Abschluss noch einmal ein Definitionsversuch im Hinblick auf die Ausgangsfrage nach dem Gehalt des Innovationsbegriffs. Innovation bedeutet Neuerung, verheißt etwas Zukunftsweisendes und ist insofern verbunden mit dem Begriff des Fortschritts. Ich habe zum einen versucht zu verdeutlichen, wie sehr die anhaltende Hegemonie neoliberaler Legitimations- und Deutungsmuster in der Gesellschaft den Horizont der aktuellen Innovationsdebatte beschränkt und zum zweiten innovative Ansätze wider den Mainstream zu skizzieren. Die genannten Beispiele sind fragmentarisch, aber sie sind hinsichtlich ihrer Grundintention vielleicht anschlussfähig an einen Gedanken, der an Walter Benjamins Überlegungen zum Geschichtsbegriff anknüpft: "Fortschritt ist heute nicht mehr das Aufstoßen ganz neuer Tore, sondern die bewusste Bearbeitung der liegen gebliebenen Probleme des Vergangenen." (Negt 2001: 612) Dies könnte gelten im Hinblick auf die Ausschöpfung vorhandener ökonomischer Potentiale und ihrer Nutzbarmachung zur nachhaltigen Mehrung des gesellschaftlichen Wohlstands. Aber das könnte auch Gültigkeit beanspruchen z. B. für die Gestaltung des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Demokratie zu Ökonomie und Effizienz. Der Markt produziert Geschwindigkeit, Demokratie braucht Zeit, der Markt wirkt raumüberwindend, Kommunikation braucht Räume. In vielerlei Hinsicht geht es daher letztlich darum, die Reichweite und Wirkmächtigkeit von Systemdynamiken in der gesellschaftlichen Wirklichkeiten zu begrenzen. Das mag aus der jetzigen Perspektive utopisch fern klingen. Doch auch wenn das Utopische nicht gleich dem Machbaren ist, so erwächst es doch aus dem Denkbaren, das auf dem Möglichen fußt. In leichter Abwandlung eines bekannten Mottos ist es daher vielleicht auch hinsichtlich der Möglichkeiten von innovativem Handeln angemessen zu sagen: Bleiben wir Realisten, versuchen wir uns am Utopischen.

Literatur:

- Abendroth, Wolfgang 1968: Antagonistische Gesellschaft und Politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied und Berlin
- Bobbio, Norberto 1987: The Future of Democracy, Cambridge
- Bourdieu, Pierre 1998: Gegenfeuer, Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, Konstanz
- Castel, Robert 2000: Die Metamorphosen der sozialen Frage, Eine Chronik der Lohnarbeit; Konstanz
- DB Research 2004: Deutschland auf dem Weg zu längeren Arbeitszeiten, in: Aktuelle Themen - Mehr Wachstum für Deutschland, Nr. 298 vom 10.08.2004, www.dbresearch.de

- Fraunhofer-Gesellschaft 2004: „Deutschland innovativ“, Ein Beitrag der Fraunhofer-Gruppe im Innovationsbüro für die „Partner für Innovation“, o.O. (<http://www.bundesregierung.de/Anlage661614/Innovationsmodell+der+Fraunhofer-Gesellschaft.pdf>)
- Grupp, Hariolf 2004: Wie erkennt man Innovationen? In: Fraunhofer Magazin, 1.2004, S. 28-29, S. 28
- Habermas, Jürgen 1988: Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bd., Frankfurt a. M.
- Hayek, Friedrich A. von 1981: Recht, Gesetzgebung und Freiheit Band 2: Die Illusion sozialer Gerechtigkeit, Landsberg am Lech
- IOM 2001 – Internationale Organisation für Migration: Die Globalisierung und die Internationale Migration von Arbeitskräften, http://www.bundestag.de/parlament/kommissionen/archiv/welt/weltto/weltto116_stell03.pdf
- Krippendorff, Eckehard 2004: Mehr Demokratie wagen, in: Freitag, Die Ost-West-Wochenzeitung Nr. 8, vom 13.02.04
- Kuhn, Fritz 2000: Was ist Innovativ? In: Schrägstrich Nr. 9/10, S. 12
- Lessenich, Stephan 2003: Der Arme in der Aktivgesellschaft - zum sozialen Sinn des „Förderns und Forderns“, in: WSI-Mitteilungen, 56. Jg., Heft 4, S. 214-220
- Müntefering, Franz 2004: Wir sind und bleiben die Partei des Fortschritts, in: SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.): Innovation und Gerechtigkeit, Impulse für Deutschland, Berlin/Bonn, S. 9-11, S. 9
- Negt, Oskar 2001: Arbeit und menschliche Würde; Göttingen
- Neue Züricher Zeitung vom 14.09.2004: Wachsender Realitätssinn in Deutschland, Debatte über die Ungleichheit zwischen Ost und West, www.nzz.ch
- Polanyi, Karl 1978: The Great Transformation, Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen; Frankfurt a. M.
- Reitzig, Jörg 2005: Gesellschaftsvertrag, Gerechtigkeit, Arbeit. Eine hegemonietheoretische Analyse zur Debatte um einen ‚Neuen Gesellschaftsvertrag‘ im postfordistischen Kapitalismus, Münster (im Erscheinen)
- Scholz, Olaf 2003: Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert, 13 Thesen für die Umgestaltung des Sozialstaats und die Zukunft sozialdemokratischer Politik, in: Frankfurter Rundschau vom 07.08.2003 www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/dokumentation/?cnt=265522
- Schumann, Michael 2003: Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Kritische Industriosozologie zwischen Taylorismusanalyse und Mitgestaltung innovativer Arbeitspolitik; Hamburg
- Widmann, Arno 2004: Innovation und Gerechtigkeit, in: Berliner Zeitung vom 23.04.2004, S. 4